

Christa Luft

***Paul Samuelson rüttelt an einem Dogma – Die Relevanz für eine alternative Ökonomie***

In der Bundesrepublik Deutschland gilt der Export als Wachstumsmotor. Damit er diese Rolle weiterhin und noch stärker spielen kann, fordern die Chefs der Wirtschaftsverbände, Vertreter der neoliberalen Ökonomenzunft und die schwarz-gelbe Opposition Lohnkostensenkung, Arbeitszeitverlängerung und Reduzierung von Sozialstandards. So soll unter Globalisierungsbedingungen der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver werden. Dass auf diese Weise die stagnierende Binnennachfrage nicht in Gang kommt, Beschäftigung sogar abstatt aufgebaut wird, ist vor allem den DAX-Unternehmen gleichgültig. Sie erzielen ihre Gewinne im Ausland und dort investieren sie auch. Unternehmen fragen nicht, ob boomende Gewinne aus dem internationalen Austausch sich auch sozial und ökologisch wohlstandssteigernd für die Gesellschaft als Ganzes auswirken. Auch der statistisch ausgewiesene „Aussenbeitrag“ zum BIP-Zuwachs ist dafür kein brauchbarer Indikator. Ein Nachdenken über Alternativen zur herrschenden neoliberalen Wirtschaftspolitik muss daher die Prüfung einschliessen, inwieweit die vornehmlich an einzelwirtschaftlichen Exportinteressen der Global player ausgerichteten staatlichen Rahmenbedingungen zu gemeinwohlorientierten Effekten führen oder aber mit ihnen in Konflikt geraten. Nicht alles, was aus Unternehmenssicht an Aussenhandelsgeschäften rationell ist, ist das auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive.

Diese Problematik interessiert nicht nur in linken Kreisen, die bereits des längeren den „Export als Droge“ thematisieren (Reuter 1996, Afheldt 2003)<sup>i</sup> Kritik am Globalisierungsfetischismus und an prononciert exportzentrierter Politik kommt selbst von namhaften bürgerlichen Ökonomen. So schockte z. B. der 89-jährige US-amerikanische Nobelpreisträger Paul Samuelson im Herbst 2004 die neoliberale Gelehrtenwelt mit einer an einem Dogma rüttelnden These: Es sei Illusion anzunehmen, Globalisierung, ungehemmter Freihandel und Verlagerung von Produktionen sowie Dienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländer (das sogen. Outsourcing) brächten den Industriestaaten als den Hochlohnländern stets Vorteile. Der wohl bekannteste Wirtschaftswissenschaftler der Welt belegt am Beispiel der USA, dass internationaler Handel unter bestimmten Bedingungen gesamtwirtschaftlich sogar nachteilig

sein kann. So bezweifelt er, dass die Verlagerung von Dienstleistungen nach Indien oder der Bezug billiger Güter aus China den Amerikanern Vorteile bringt, wenn zugleich die Einkommen geringer qualifizierter Arbeiter durch die ausländische Konkurrenz fallen. Wörtlich: „Bei Walmart Lebensmittel 20 Prozent billiger einkaufen zu können reicht nicht notwendigerweise aus, um die Lohnverluste auszugleichen.“<sup>cii</sup>

Der Nobelpreisträger argumentiert, wenn China seine Produktivität in der Herstellung bestimmter technologischer Güter spürbar steigere, könnten die Vereinigten Staaten ihre traditionellen komparativen Vorteile bei der Produktion dieser Güter einbüßen. So verschlechterten sich die internationalen Tauschverhältnisse (Terms of Trade) zuungunsten Amerikas. Die Folge: Die Gewinne aus dem internationalen Handel reichen womöglich nicht mehr aus, um die Einkommensverluste mancher Amerikaner auszugleichen. Was Samuelson hier zu bedenken gibt, ist nicht nur ein Problem der USA, sondern z. B. auch der entwickelten Länder Europas. Für die Bundesrepublik Deutschland fällt auf, dass der Index der Ausführungspreise zwischen 1995 und 2002 von 100 auf 105,3 anstieg, der Index der Einfuhrpreise im gleichen Zeitraum aber von 100 auf 109,3. Rechnet man die Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse heraus, stieg er immerhin noch auf 108,2. Die Terms of Trade hatten sich also verschlechtert. Bemerkenswert ist auch, daß der Index der Einfuhrpreise für Güter aus Entwicklungs- und Transformationsländern rascher wuchs als für Güter aus EU-Ländern. Das hat nicht nur mit dem Preisauftrieb für Rohstoffe zu tun, sondern auch mit einem gewachsenen Anteil von Technologiegütern am Import aus dieser Region.

Anders als manche seiner entsetzten Kritiker kann ich in der These des Grandseigneurs der ökonomischen Wissenschaft kein Plädoyer für Protektionismus oder Autarkie erkennen. Sie ist auch nicht als Panikmache vor einer chinesischen oder indischen „Gefahr“ zu denunzieren. Er macht vielmehr darauf aufmerksam, daß der reiche Norden unter den Bedingungen der Globalisierung die Monopolgewinne verlieren wird, die er früher aus der Herstellung von Hochtechnologie-Gütern für den Süden ziehen konnte. Solche Gewinne auch künftig zu erzielen, ist angesichts von Produktivitätsschüben in Schwellen- und auch Transformationsländern kein Automatismus. Wie aktuell die Voraussagen bereits sind, zeigt folgende Tatsache: China führte 2004 mehr Waren aus als der Nachbar Japan und ist hinter Deutschland und den USA zum weltweit drittgrößten Exporteur aufgestiegen. Vor einem Jahrzehnt noch war das Reich der Mitte

eine recht unbedeutende Handelsnation. Auch Exportweltmeister Deutschland und Vize USA müssen mit starker Konkurrenz rechnen. In einer prestigeträchtigen Schlüsselindustrie und einer deutschen Hauptexportbranche – der Autoproduktion – will China Deutschland spätestens 2005 überflügeln.

Samuelsons These ist dazu angetan, das fast 200 Jahre alte Ricardo'sche Theorem (1817) von den komparativen Kostenvorteilen (Ricardo 1979) <sup>iii</sup> an den Gegebenheiten der Gegenwart zu überprüfen. Nach David Ricardo bringt der freie Austausch von Gütern und Dienstleistungen über Grenzen hinweg netto allen beteiligten Ländern stets einen Nutzen, weil sie sich auf die Produktion der Güter spezialisieren können, bei der ihre Produktivität höher als die anderer Länder ist. Sie tauschen diese gegen Produkte, auf deren Herstellung sie verzichten, weil sie anderweitig günstiger beschafft werden können. Selbst Länder, die über die gesamte Produktpalette produktiver sind als andere, können gewinnen, wenn sie sich auf die Herstellung jener Erzeugnisse spezialisieren, bei denen ihr Produktivitätsabstand gegenüber anderen am grössten ist und diese Güter gegen jene tauschen, von deren Erzeugung sie im Interesse von Skaleneffekten absehen.

Warum ist es angezeigt, dieses klassische Theorem zu hinterfragen, das Generationen von Ökonomen wie ein Bibelsatz eingehämmert worden ist? (Sarkar 2002).<sup>iv</sup>Die Antwort: Ricardo beschrieb ebenso wie Adam Smith einen historischen Ausschnitt der Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft seiner Tage. Längst sind kardinale Veränderungen eingetreten.

Erstens: Ricardo unterstellt, dass alle Beteiligten gleichberechtigt und freiwillig am Austausch teilnehmen und nur durch fairen Handel Vorteile erzielen wollen. Nicht berücksichtigen konnte er die Möglichkeit und leider historische Realität, dass mächtige Staaten wie die USA, vor allem aber transnationale Konzerne die Märkte wirtschaftlich schwächerer Länder mit ökonomischen, mitunter auch militärischen Mitteln erobern bzw. kontrollieren, um dann die jeweiligen Natur- und „Human“-ressourcen plündern zu können. Angesichts der Bedeutung von Nahrungsmittelsicherheit und der Tatsache, dass z.B. Getreidelieferungen als politische Waffe, als Erpressungsmittel eingesetzt werden können, ist ein Mindestmass an Selbstversorgung bei Grundnahrungsmitteln für alle Länder bzw. Integrationsgemeinschaften angezeigt. Die Annahme der Theorie, im Handel spiele Politik keine Rolle, ist längst unzutreffend. Politisch motivierte

Embargos, Boykotts, Präferenzen und andere Maßnahmen im internationalen Handel bezeugen das.

Zweitens. Die Theorie geht von reibungslos funktionierenden Volkswirtschaften aus, in denen sich Preise und Löhne schnell der Marktlage anpassen und in denen es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben kann. Sie unterstellt Vollausslastung von Arbeitskräftepotentialen, Produktionskapazitäten und Geldressourcen. Diese Annahmen sind durch die kapitalistische Praxis jedoch nicht gedeckt. Ein konjunkturelles Auf und Ab sowie verfestigte Arbeitslosigkeit gehören zum Alltag. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit kann es gesamtwirtschaftlich rational sein, durch entsprechende staatliche Rahmensetzung Arbeitsplätze auch in Branchen zu erhalten bzw. zu schaffen, in denen das Land einen komparativen Nachteil hat ( z. B. Obst- und Gemüseanbau), so mehr Menschen die Möglichkeit selbst bestimmten Lebens zu geben und die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit – von 1997 bis 2003 jährlich zwischen 70 und 83 Mrd. Euro – zu reduzieren.

Drittens. Es gibt heute längst keine Garantie mehr, dass die Arbeitslosen der Branchen, die wegen komparativer Nachteile aufgegeben werden, in Bereichen Arbeit finden, die wegen ihres komparativen Vorteils florieren. Das war aber eine Grundannahme Ricardos.

Viertens. Im klassischen Theorem spielen Transportkosten keine Rolle. Mit steigenden Energiepreisen wird es vom versorgungs- und sicherheitspolitischen sowie vom ökonomischen Standpunkt aus rational, energieintensive lebenswichtige Güter mit Ressourcen des eigenen Landes oder regionaler, auch grenzüberschreitender Wirtschaftsverbände zu produzieren.

Fünftens. Ricardo ging von der internationalen Immobilität des Kapitals bei hoher Mobilität der Güter aus. Er sprach von der Schwierigkeit, die das Kapital bei der Suche nach profitableren Investitionsmöglichkeiten hat, sich von einem Land ins andere zu bewegen. In der heutigen Welt aber kann das Kapital ungehindert über die nationalen Grenzen fließen. Arbeitskräfte dürfen oder wollen das in den meisten Fällen nicht. Der freie Fluss von Kapital hat zur Folge, dass Investitionen durch absolute Rentabilität entschieden werden, nicht durch komparativen Vorteil.

Ich fasse Samuelsons Einwurf als Warnung vor den Folgen spontanen, vom einzelwirtschaftlichen Nutzen bestimmten Herangehens an die weltweite Arbeitsteilung und den internationalen Austausch auf. Er wirbt für eine gesamtwirtschaftliche Sicht. Die sozialen und ökologischen Konsequenzen gewinnmaximierenden unternehmerischen Handelns wie Freisetzung von Arbeitskräften, Druck auf die Löhne mit negativen Effekten für die Binnenkaufkraft, Unterlaufen von sozialen Mindeststandards oder Umweltschäden durch lange Transportwege müssen in die Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Nutzens des internationalen Austauschs eingehen. Selbst wenn die Terms of Trade positiv sind, können sie von Kosten bzw. Verlusten auf anderen Gebieten überlagert werden: So von Unterstützungsaufwendungen für Arbeitslose und arbeitende Arme (Working poor), für öffentliche Investitionen in vorrangig Außenhandelszwecken dienende Infrastruktur oder für den Umweltschutz, etwa Kosten für die Beseitigung der Meeresverschmutzung durch Öltanker und Frachtschiffe oder der Luftverschmutzung durch Flugverkehr usw. Es muß um Internalisierung solcher aussenhandelsbedingten sozialen und ökologischen Kosten gehen und damit um Verhinderung eines globalen Wettbewerbs zur Senkung von Arbeits- und Umweltstandards. So wie sich das Bruttoinlandsprodukt insgesamt als Wohlstandsindikator unzureichend eignet, muß auch der statistisch ausgewiesene Aussenbeitrag einer genaueren Prüfung unterzogen werden, wenn es um die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effektivität des internationalen Austausches geht.

Man kann Samuelsons jüngste spektakuläre Wortmeldung auch als Warnung vor einer Vernachlässigung regionaler Wirtschaftskreisläufe und überhaupt des Binnenmarktes verstehen, für den in Deutschland z. B. immerhin 80 Prozent der Beschäftigten tätig sind. Steuerbegünstigung für einbehaltene Gewinne wäre ein Stimulus für mittelständische Betriebe, Forschung, Entwicklung, Produktion und Ausbildung im Inland auszuweiten, statt in anderen Ländern zu investieren bzw. auf Finanzmärkten zu spekulieren. Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht dem weltweiten Wettbewerb geöffnet werden, um Dumpingpraktiken zu Lasten einheimischer Beschäftigter zu vermeiden. Lohnarbeitsintensives Handwerk und Gewerbe könnte vor ausländischer Billigkonkurrenz leichter bestehen und die Insolvenzanfälligkeit reduzieren, wenn der Mehrwertsteuersatz auf erbrachte Leistungen abgesenkt würde. Aufhebung der Steuerbefreiung für Kerosin würde z. B. Obst und Gemüse aus Eigenanbau konkurrenzfähiger machen gegenüber dem aus entferntesten Ländern eingeflogenen Angebot. Generell sind

Subventionen für den Güterfernverkehr kontraproduktiv. Sie machen Ferne zu Lasten regionalen Wirtschaftens künstlich nah. Öffentlich geförderte Unternehmen müssten zur Rückzahlung der Mittel verpflichtet werden, wenn sie ihre Produktion ins Ausland verlagern. Solche wie die genannten Massnahmen wären für das Gemeinwesen von Nutzen.

Der amerikanische Ökonom legt aber auch den Finger darauf, dass die Industrieländer nicht mehr wie in der Vergangenheit von der technologischen Rückständigkeit der Länder der dritten Welt und des Ostens profitieren können. Auch lassen sich Vorteile aus dem internationalen Handel künftig nicht einfach via Lohnkonkurrenz oder Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und dgl. sichern. Die Industrieländer müssen in Schul- und Berufsausbildung, in Forschung, Entwicklung, Wissenschaft, Kultur und soziale Infrastruktur investieren, um beim Export aus technologischem Vorsprung und Innovationen einen ökonomischen Vorteil zu ziehen. Gerade auf diesem Gebiet aber ist Deutschland in den vergangenen Jahren zurückgefallen., wie die jüngste Pisa-Studie belegt.

Die Maximierung gesamtwirtschaftlicher Effekte des internationalen Austausches lässt sich in der Marktwirtschaft nicht dekretieren, Rüstungsgüter ausgenommen nicht mit Export- oder Importverboten herbeiführen. Aber ohmächtig muss die Politik sich dennoch nicht geben. Ob Afheldts Idee, der „Aufteilung des Weltmarktes in grossregionale Märkte,...um für die unterschiedlichen Volkswirtschaften dieser Erde genau passende Regeln aufzustellen,“<sup>v</sup> ein brauchbarer Weg wäre, muss weiter debattiert werden. Er spielt auch bei Attac-Anhängern eine Rolle (attac Memorandum 2004).<sup>vi</sup> Es geht nicht um Wiederbelebung von Protektionismus, nicht um Abkopplung von internationalen Märkten oder Autarkiestreben. Es geht vielmehr darum, das einzelwirtschaftliche Streben nach höchstmöglicher Kapitalverwertung mittels internationalem Austausch dort zu begrenzen, wo es zu gesamtwirtschaftlichen Einbussen kommt. „Freihandel ist als eine Form friedlichen, gleichberechtigten Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brauchen national und international einen demokratisch fundierten Rahmen, der lenkt und erhält.“(attac Memorandum 2004).<sup>vii</sup> Die Fähigkeit zur Erhöhung des heimischen Lebensstandards hat nur bedingt etwas mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu

tun. Selbst für eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland haben inländische Bestimmungsfaktoren eine grössere Bedeutung als Exporterfolge.

## Literatur

---

<sup>i</sup> Reuter, Norbert: Die Zeit, 08. 11. 1996, S. 30 , Afheldt, Horst. Wirtschaft, die arm macht. München 2003, S. 129 ff

<sup>ii</sup> Samuelson, Paul: Journal of Economic Perspectives 4/2004. Paul Samuelson gießt Wasser auf die Mühlen der Globalisierungsgegner. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 09. 2004, S. 12 ; Samuelsons falsche Freunde. In: Financial Times Deutschland 24. 09. 2004 ; Ein Dogma wackelt. In: Berliner Zeitung 25./26. 09. 2004, S. 11

<sup>iii</sup> Ricardo, David: Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung. Hrsg. Von Gerhard Bondi, Berlin 1979

<sup>iv</sup> Sakar, Saral: Warum der Keynesianismus scheiterte – Kann er wiederbelebt werden? Vortragsmanuskript, geschrieben im April 2002, Köln

<sup>v</sup> Afheldt, Horst: a.a.O., S. 189/90

<sup>vi</sup> attac Memorandum: Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung. Positionen in Attac Deutschland. Dritter Entwurf, September 2004 , S. 23